Datenschutzerklärung Fritz und Hildegard Berg-Stiftung

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen sowie des Datenschutzbeauftragten

Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Fritz und Hildegard Berg-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Baedekerstraße 1
45128 Essen

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist:

TÜV Informationstechnik GmbH
Unternehmensgruppe TÜV NORD
IT Security, Business Security & Privacy
Am TÜV 1
45307 Essen
Deutschland

T 0201 8999-623
F 0201 8999-666
E-Mail: datenschutzbeauftragter@stifterverband.de

II. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

1. Antragstellung

Wenn Sie bei uns einen Antrag auf Gewährung einer Förderung bzw. Beihilfe oder auf Vergabe eines Preises stellen, verarbeiten wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer
- Bankverbindung
- weitere Angaben, z. B. Angaben zur Person, zum Projekt oder zur Institution

Die Angaben sind für die Antragsbearbeitung notwendig. Ohne diese Angaben kann der Antrag nicht bearbeitet werden.

Die Verarbeitung der Daten erfolgt,

- um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Bewilligung einer Förderung bzw. Beihilfe oder für eine Preisvergabe gemäß unseren Förderrichtlinien vorliegen, und
- um Ihnen den Abruf der Förderung bzw. Beihilfe oder des Preisgeldes zu ermöglichen.

Rechtsgrundlage: Die Datenverarbeitung erfolgt aufgrund Ihres Antrags und ist nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b DSGVO für die angemessene Bearbeitung Ihres Antrags sowie für die Abwicklung der Zahlung der Förderung bzw. Beihilfe oder des Preisgeldes erforderlich.

2. Speicherdauer

Die für die Prüfung des Antrags bzw. die Abwicklung der Förderung erhobenen personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald sie für unsere Zwecke nicht mehr erforderlich sind und keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen entgegenstehen.

- Anträge, deren Förderung nicht bewilligt wurde, werden nach [sechs] Monaten gelöscht.
- Bewilligungs- und Zahlungsunterlagen werden nach Ablauf der steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungspflichten (§ 147 AO, § 257 HGB) gelöscht.

III. Weitergabe an Dritte

1. Dienstleister

Wir haben das Deutsche Stiftungszentrum GmbH, Baedekerstraße 1, 45128 Essen mit der organisatorischen und technischen Abwicklung des Onlineantragsverfahrens sowie der Prüfung ihres Antrags und der Abwicklung der Förderung betraut. Mit dem Deutschen Stiftungszentrum GmbH besteht ein Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art 28 DSGVO, der die Sicherheit ihrer personenbezogenen Daten bei der Datenverarbeitung gewährleistet.

2. Gutachter und Jurymitglieder

Von uns mit der Prüfung der Förderwürdigkeit bzw. Preiswürdigkeit Ihres Antrags beauftragte akademische Gutachterinnen und Gutachter oder Mitglieder der Preisjury erhalten die oben genannten personenbezogenen Daten. Diese Gutachterinnen und Gutachter bzw. Jurymitglieder sind von uns auf das Datengeheimnis verpflichtet worden.

IV. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling findet nicht statt.

V. Betroffenenrechte

Als betroffene Person im Sinne der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

1. Auskunftsrecht

Sie können von uns eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie folgende Informationen verlangen:

1. die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
2. die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden;
3. die Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern, denen die Sie betreffenden Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
4. die geplante Dauer der Speicherung oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;

5. das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
6. das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
7. alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn sie nicht bei Ihnen erhoben wurden;
8. das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung.

Ihnen steht zudem das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gemäß Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

2. Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Wir nehmen die Berichtigung unverzüglich vor.

3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung verlangen:

1. Sie bestreiten die Richtigkeit der personenbezogenen Daten für eine Dauer, die es uns ermöglicht, die Richtigkeit zu überprüfen;
2. die Verarbeitung ist unrechtmäßig, und Sie lehnen die Löschung ab und verlangen stattdessen die Einschränkung der Nutzung;
3. wir benötigen die Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger, Sie benötigen sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen; oder
4. Sie haben Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt, und es steht noch nicht fest, ob unsere berechtigten Gründe gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen, zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden. Sie werden von uns unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

4. Recht auf Löschung

a) Löschungspflicht

Sie können verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden. Wir sind dann verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

1. Die Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
2. Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage.

3. Sie legen Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 oder Abs. 2 DSGVO ein, und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor.
4. Die Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
5. Die Löschung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich.
6. Die Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

b) Information an Dritte

Haben wir die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und sind wir zu deren Löschung verpflichtet, treffen wir unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um die für die Verarbeitung Verantwortlichen darüber zu informieren, dass Sie die Löschung aller Links zu diesen Daten sowie von Kopien oder Replikationen verlangt haben.

c) Ausnahmen

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

1. zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
2. zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten erfordert;
3. zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt;
4. aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
5. für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke gemäß Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das Recht auf Löschung voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt; oder
6. zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

5. Recht auf Unterrichtung

Haben Sie uns gegenüber das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung geltend gemacht, sind wir verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung, Löschung oder Einschränkung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Sie haben das Recht, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

6. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch uns zu übermitteln, sofern

1. die Verarbeitung auf einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO oder auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO beruht und
2. die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Soweit technisch machbar, haben Sie außerdem das Recht, zu erwirken, dass die Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden. Die Rechte und Freiheiten anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Dieses Recht gilt nicht für Verarbeitungen, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erforderlich sind.

7. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen, sofern die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. e oder lit. f DSGVO beruht. Wir verarbeiten die Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an datenschutzbeauftragter@stifterverband.de

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. Die Aufsichtsbehörde unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde, einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen (LDI NRW)

Stand unserer Datenschutzerklärung: Oktober 2026